

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Erscheint:
sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7/8 Uhr.
Expedition: Delagrab. Nr. 8

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
10 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 46.

Mittwoch den 5. März.

1890.

Für den Monat März werden Abonnements
auf den

„Merseburger Correspondent“

zum Preise von 40 resp. 42 Pfg. von allen Postan-
halten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen
genommen.

Insertate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

** Nach der Wahlverlorenheit.

Auch die Stichwahlen sind nun vorüber. Die
Deutschfreisinnigen können mit deren Resultaten zu-
frieden sein. Die Kartellmehrheit, welche wie ein
Kop auf unserem Vaterlande lastete, ist beseitigt.
Das allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahl-
recht ist zunächst bis zu den nächsten Reichstags-
wahlen geteilt. Die Zahl der Freisinnigen im
Reichstage hat sich fast verdoppelt. Die Freisinnigen
sind fortan besser als bisher im Stande, einwigen
ferneren reactionären Projecten erfolglosen Wider-
stand zu leisten. Von einer kleinen numerisch
nicht sehr in Betracht kommenden Fraction sind sie
jetzt, wenn man die mit ihr im Wabkanpfe eng
verbundene süddeutsche Volkspartei einrechnet, zur
gewisshäufigsten Partei des Reichstags geworden. Noch
am 20. Februar der Auffassung, dass jetzt allein
durch die deutschfreisinnige Partei repräsentieren
liberalen Gedankens nicht in den so dächtlichen Pro-
vinzen des preussischen Staates durchgedrungen. Bei
den nächsten Reichstagswahlen, die dessen ich nicht
erst nach 5 Jahren, sondern recht bald statt
finden, wird der freisinnige Oberbau auch in Dä-
preußen u. s. w., wo die Konfessionen ihren Sitz
haben, zum Durchbruch gelangen. Die National-
liberalen und Freiservativen, die Hauptvertreter
des Kartells sind zu nicht schwer ins Gewicht fallen
den Fractionen zusammengekrümmt. Sie tragen
bei ihrer Niederlage nicht viel Würde zur Schau.
Sie verlangen z. B., dass die Kartellparteien ihrem
Anmutz über ihre Niederlage dadurch Ausdruck
geben, dass sie auf jede Vertretung im Präsidium
des Reichstags verzichten. Die Nationalliberalen
und Freiservativen fämmern sich dabei um Sachen,
die sie eigentlich nur insoweit angehen, als sie ihre
Stimmen bei der Präsidiumwahl geben können, wenn sie
wollen, und sich auch mit den Parteien, welche sie dazu
auserlesen, zu einer ihnen genehmen Wahl oder Stichwahl
verbinden können. Wenn die Deutschkonservativen
auch auf eine Vertretung im Präsidium, die ihnen
zukommt, verzichten wollen, so steht ihnen das frei.
Das deutsche Volk kümmert sich nicht viel um die
Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums, wenn
die Geschäfte nur sachgemäß und unparteiisch geleitet
werden. Als vor 3 Jahren durch Viktoriasare und
Meintheim, durch Bismarck, Breiter und Baaden,
durch Turok und Kosofski die deutschen Wähler so
geränzt wurden, dass sie eine aus den Kartellpar-
tien bestehende Majorität wählten. wurde der deutsche
Wähler als ein Ausbund von Weisheit dargestellt
und der „gute Sinn des Volkes“ gepriesen. Jetzt
schallt die „Kleinzig“, die ungebildete Mehr-
heit des deutschen Volkes“. Sie probiert,
dass die neue Reichstagsmehrheit „aller Welt zum
Oruel und Abscheu werden wird“. Die deutsche
Nation werde in neuen Kämpfen versuchen, das harte
Joch abzuwickeln, welches ihr die „unwissenden
Schichten“ auferlegt hätten. In Deutschland be-
gehrt der Kaiser und der Bundesrath, und das Kar-
tellsblatt dankt „seinem Schöpfer“, dass es so ist; je
tiefer der Reichstag sinke, desto höher stiegen Kaiser
und Bundesrath in der Wertschätzung der Nation.
Was ist denn das für eine „Nation“, welche einen
so tiefen Gegenlag zu der deutschen Wähler-
schaft bildet? — Nun, wer einen Prozess
verloren, hatte nach alter deutscher Sitte das Recht,
drei Tage lang über die Gegenpartei und auch die
Richter, welche hier die deutsche Wählerchaft ge-
bildet hat, zu schimpfen. Die Kartellparteien haben
z. B. ihrer Herrschaft großen Verdammt zur Schau
getragen, und zeigen sich durch eben so große Würde-

losigkeit, während die freisinnige Partei, als sie
unter dem Kartell darniederlag, niemals würdelos
und auch niemals verzagt gewesen ist. Sie
ließ sich nicht einschüchtern, sondern hielt einfach an
ihren als richtig erkannten Grundsätzen fest, die ja
doch früher oder später in jeder Stellung kommen
müßten. Ebenföwenig wird sie sich in besseren Zeiten
dazu verleiten lassen, übermäßig zu werden, wie es
die Kartellparteien z. B. ihrer Macht waren, und so
die Interessen des Volkes zu vernachlässigen. Die
deutschfreisinnige Partei wird nach wie vor sachlich
und unparteiisch alle Vorschläge der Regierung prüfen
und all' dem gern zustimmen, was eine Verbesserung
der gegenwärtigen Lage enthält. Die freisinnige
Partei hat sich durch nichts einmüthigen lassen, sie
läßt sich auch durch nichts locken, sondern folgt in
guten und bösen Tagen den bewährten alten politischen
Grundsätzen.

Politik: Uebertrag.

Eine böhmische Landesausstellung wird be-
kanntlich von den Tschechen geplant und nehmen auch
die Deutschen seit dem Ausgleich an den diesbezüglichen
Besprechungen teil. Am Sonntag wurde eine Ver-
sammlung des Actioncomit'es in Prag unter dem
Vorhitz des Statthalter's abgehalten. Durch den
Hinguritt der deutschen Mitglieder wurde die Aus-
scheidung des Comit'es erzielt. Der Statthalter
sprach seine Beschiebung über das Zustandekommen
des gegenseitigen Ueberabkommens aus.

Die französische Ministerkrisis hat sich vor-
läufig ausständig schnell erledigt. Wie schon gestern
gemeldet, ist der Deputirte Bourgeois (Marne),
an Stelle Constant zum Minister des Innern er-
nannt. Bourgeois gehört der radicalen Partei an.
Die über die Demission Constant's bekannt gewordenen
Details lassen nach Wolff's Bureau dieselbe als den
Ausbruch einer längst bestehenden Verstimung
zwischen Tirard und Constant erscheinen. Nach einer
geleiteten persönlichen Auseinandersetzung zwischen
den beiden Ministern in der Sitzung des Minister-
raths am Sonnabend soll Constant dem der Sitzung
beimohnenden Präsidenten Carnot erklärt haben, daß
er seine Entlassung einreiche. Unmittelbar nach dieser
Erklärung habe Constant den Ministerath verlassen,
worauf die Sitzung sofort geschlossen wurde. Die
Minister vereinigten sich bald darauf in einem der
Bureaus der Kammer, um die Lage zu beraten.
Dem „Temps“ zufolge soll die Meinungsverschieben-
heit zwischen Tirard und Constant gelegentlich der
Besetzung des Präsidentens des Kassationshofes
herbeigeführt worden sein. Die Meinungsverschieden-
heiten sind jedoch älteren Datums. Tirard war
allgemein mit der „lässigen Amtsführung“ seines
Collegen unzufrieden, wie er schon anfangs dieses
Monats durch die von der französischen Presse ver-
breitete Kritik derselben zu erkennen gab. Es besteht
vielleicht die Ansicht, daß der Rücktritt Constant's den
Rücktritt des Cabinets und auch wohl gar des
Präsidenten Carnot im Gefolge haben wird. In-
dessen hat seit Sonntag Abend keine Meinungen von einer
Verallgemeinerung der Krisis eingelaufen. — Bei
der Stichwahl im Pariser Quartier Panttheon wurde
am Sonntag der Boulangist Rouquié mit 4496
Stimmen gegen den Opportunisten Bourneville,
welcher 3894 Stimmen erhielt, gewählt. Bekannt-
lich waren in den übrigen Pariser Bezirken sämtlich
Boulangisten gewählt worden.

Der spanische Ministerath hat in Folge der
Genehmigung des Königs die Gewährung einer all-
gemeinen Amnestie für politische und Pressevergehen
beschlossen. Dem Antrage des Ministers des Aus-
wärtigen, den Grafen Venomar in die Amnestie
einzubeziehen, wurde vom Ministerathe zugestimmt.
Das Amnestiegesetz sollte Montag unterzeichnet werden.
— Am Sonnabend hatte der oberste Gerichtshof
in Madrid verurtheilt, die gerichtliche Verfolgung gegen
den früheren Volkshäupter Grafen Venomar fort-
zusetzen und die Angelegenheit dem obersten Ge-

richtshof zu unterbreiten. Durch den Amnestieerlass
findet der Beschluß des Gerichtshofs nunmehr seine
volle Geltung.

Im englischen Unterhause erklärte der Unterkaats-
secretär Ferguson, die portugiesische Regie-
rung sei bereit, mit den Vertretern der portugiesischen
Eisenbahngesellschaft in Betreff der Entschädigung
wegen Wegnahme der Delagoa Eisenbahn zu ver-
handeln, eventuell diese Angelegenheit einem Schieds-
spruch zu unterwerfen. Gork erklärte, kleine Ab-
theilungen der Garnison von Aden hätten die Häfen
von Zeyla und Berbera an der Somalifüste besetzt.

Der schwedische Reichstag hat am Sonnabend
die Regierungsvorlage betreffend die Vermehrung der
Wahlpflicht abgelehnt.

Die „Polit. Correspondenz“ erfährt von authentischer
Seite aus Sofia, die bulgarische Regierung habe
in Konstantinopel keine formelle Action
in der Anerkennungfrage unternommen.
Der bereits gegebene Schritt vertraulichen Charakters
habe in der Uebergabe eines nichtamtlichen Schreibens
Stambuloffs an den Großvezier bestanden, in welchem
die Frage gestellt wurde, ob die Pforte den Zeit-
punkt nicht für gekommen erachte, die bulgarische
Frage durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand
als Fürsten abzuschließen. Das Schreiben hebt her-
vor, daß die Pforte und Rußland die Gefeglichkeit
des Reichszustandes anerkennen, so oft es sich um
die Entgegennahme der bulgarischen Zahlungen handle,
um sodann bis zur nächsten Zahlungstermin die An-
erkennung wieder zu verweigern — ein Zustand, der
im allgemeinen Interesse beendet werden müßte.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Der Kaiser hörte gestern
Vormittag die regelmäßigen Vorträge und entsproch
am Nachmittag einer Einladung des Ritterskreises
v. Dewig vom Leib-Garde-Husaren-Regiment zur
Tafel nach Potsdam. Wie die „Kreuzzeitung“ ver-
nimmt, bekräftigt sich die Nachricht, daß der Kaiser
sich im Laufe dieses oder des nächsten Monats nach
Saarbrücken begeben werde, um dort beim Fern-
v. Stumm sich über die Lage und Verhältnisse der
Vergarbeiter zu unterrichten, nicht. Von anderer
Seite wird gesagt, der Besuch werde im April er-
folgen. — Die Kaiserin Friedrich verweilte
gestern längere Zeit in der Kinder-Krankenanstalt in
der Reinickendorferstraße.

(Kaiserlicher Erlass.) In pommerischen
Blättern wird nachstehender, bereits angeführter
Erlass des Kaisers an die Minister des Innern und
für Handel und Gewerbe veröffentlicht: „Aus Ihrem
Berichte vom 18. Febr. d. J. habe ich mit Interesse
entnommen, daß in wiederholten Fällen, namentlich
in den Regierungsbezirken Stettin und Köslin, Land-
bewohner durch falsche Vorschriften zur Aus-
wanderung nach Brasilien verlockt worden sind und
heimlich nach Bremen sich begeben haben, in der
tätigen Hoffnung, von dort aus nach Brasilien
weiterzufahren zu werden. Ich will, daß dem gemein-
gefährlichen Treiben der Auswanderungsagenten, durch
welche ein Theil Meiner Unterthanen verlockt wird,
unter Nichtachtung ihrer Pflichten gegen das Vater-
land, unter Schädigung ihrer Angehörigen und unter
Bruch ihrer Arbeitsverträge sich dem Gemeinwohl
zugeben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ent-
gegenzutreten und insbesondere auch in geeigneter
Weise auf Belehrung der Betheiligten hingewirkt
wird. Ich beauftrage Sie, kementirend die
Regierungspräsidenten in Stettin und Köslin mit den
erforderlichen Befehlen zu versehen. Dieser Erlass
ist durch die Kreisblätter bekannt zu machen. Berlin,
den 19. Febr. 1890. Wilhelm R.“

(Die Verurteilung des neuen Reichstags)
wird, wie jetzt verlautet, erst nach Osnern erfolgen.

(F. von Sauten-Terpustchen) bekannte
als bedeutender Parlamentarier und treues Mitglied
der Fortschritt- und späteren freisinnigen Partei, ist
am Sonnabend Abend in Berlin im 65. Lebens-

fahre an den Folgen eines im Dezember 1888 erlittenen Schlaganfalls gestorben. v. Sauten war ein Abtger, aber ein Abtger, nicht vom Schlage der bösslichen Krautjunker, sondern im besten Sinne des Wortes. Durch seinen Geist unabhängig gestellt, war er in aufopferungsvoller Thätigkeit bekehrt, nach bestem Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl thätig zu sein. In seiner engeren Heimath Preußen bekleidete er eine große Zahl von Ehrenämtern der Selbstverwaltung. Er war Amtsvorsteher, Standesbeamter, Kreis- und Regierungspräsident, Mitglied der Kreisynode und auch zeitweilig für die Provinzialynode, seit 1856 Mitglied des preussischen Provinziallandtages. Bei Einführung der neuen Provinzialordnung wurde v. Sauten 1874 Mitglied des preussischen Provinziallandtages. Nach der Trennung der Provinzen wurde er 1878 zum Landesdirector der Provinz Preußen gewählt, welche Stelle er bis 1884 bekleidete. v. Sauten-Verpächtern war, obwohl selbst Großgrundbesitzer, der entschiedenste Gegner der Streibejolle und der Agrarier. Von dem verstorbenen Kaiser Friedrich war v. Sauten hochgeschätzt. Wiederholt wurde er im Laufe der Jahre in das kaiserliche Palais berufen, um dem Kronprinzen rückhaltlos seine Ansichten zu äußern über die innere Politik und die Stellung der Parteien. Eine Rede am 27. April 1881 vor seinen Wählern in Berlin schloß Sauten mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß einst die Nachkommen von ihm und seinen Parteigenossen sagen würden: „Wir haben das öffentliche Wohl und nicht Parteiinteressen im Auge gehabt und gekämpft für den König und für das Vaterland, denn das ist in Preußen nicht zu trennen.“

(Zur Geschichte der Kanzlerkrisis) erhält der offiziöse „Hamb. Correspondenz“ folgende Informationen: „Nach dem parlamentarischen Wahle, wo Fürst Bismarck die Absicht seines Rücktritts von den preussischen Geschäften andeutete, wurde über den Wechsel im preussischen Präsidium verhandelt, Minister v. Boetticher war zum Präsidenten des Staatsministeriums ausersehen. Alles schien abgemacht, auch der Publikationstermin war festgesetzt. Dieser war so gewählt, daß irgend welche Zusammenhang mit den Wahlen ausgeschlossen sein mußte. In diesem Stadium der Angelegenheit gab es keine Kanzlerkrisis; es steht das unbedingt fest. Es handelte sich gerade darum, das Verbleiben des Fürsten Bismarck im Kanzleramte zu erleichtern. Bereits in voriger Woche, also noch vor dem Bekanntwerden des Wahlresultates, wurde die Frage des Wechsels im Ministerpräsidium wieder verjagt. Höchstens ließe sich annehmen, daß eine Art von Kanzlerkrisis in den letzten Tagen des Januar bestanden hat, wo bekanntlich am 24. und 25. der Kronrat abgehalten wurde. In den letzten Wochen hat sicherlich keine Kanzlerkrisis bestanden. Was für Chancen Fürst Bismarck mit sich herumgetragen hat, das kann man natürlich nicht wissen. Verhandelt ist in der letzten Zeit nur über die preussischen Geschäfte.“ — Die Sitzungen des Kronrats am 24. und 25. Januar bezogen sich auf die Stellungnahme zum Sozialistengesetz und den Schluß des Reichstags. Das parlamentarische Diner fand am 4. Februar statt. — Der „Tageblatt“ wird zur Kanzlerkrisis geschrieben, daß Fürst Bismarck sein Amt sowohl als vorkaiserlicher Premierminister, wie als Reichskanzler niederlegte und sich mehrere Tage lang als nicht im Staatsdienst befindlich betitelt. Am Dienstag, den 25. Februar, überredete man ihn, seine Demission zurückzunehmen, er that es aber erst nach langen und eingehenden Unterredungen mit dem Kaiser. Man sagt sogar, daß der Kaiser stark an die Vaterlandsliebe des Fürsten Bismarck appellieren mußte, um ihn zu veranlassen, im Amte zu bleiben. Es wird auch amtlich nicht länger mehr verhehlt, daß Fürst Bismarck nicht mit dem Kaiser einverstanden war über die Politik, welche die Kriegerlage der Kartellparteien bei den letzten Wahlen herbeiführte. Die Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler sollen noch höchst heftiger Natur sein. Mittlerweile heißt es, daß sowohl der Prinzregent von Bayern wie der Großherzog von Baden dem Kaiser beide bedeutet haben, daß sie nicht völlig mit ihm in seiner Politik gegenüber dem Sozialismus harmoniren.

(Veränderungen in der Ministerialverwaltung.) Ein Gesetzentwurf ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen, wonach vom 1. April ab die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten für den Bereich der Verwaltung des Bergs, Hütten- und Salinenwesens dahin abgeändert werden, daß der Minister für Handel und Gewerbe an die Stelle des Ministers für öffentliche Arbeiten tritt. — In der Begründung wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Bergarbeiterbewegung bargehalten habe, in wie engem Zusammenhange der ungesicherte Fortgang der Bergarbeiterindustrie mit dem Stande und der Entwicklung aller anderen Zweige gewerblicher Thätigkeit stehe. Es habe sich dabei auch der Nachdruck der selbsterhaltenen Vertheilung der Fürsorge für

diese Interessen unter verschiedene Ressorts der Staatsverwaltung fühlbar gemacht.

(In dem Gesetzentwurf über Gewerbegerichte) wird zwar die Einrichtung von Gewerbegerichten zunächst von Oribstärkeren Beschlußfassung der Gemeindebehörden abhängig gemacht, in der wird auch der Landescentralbehörde die Befugnis vorbehalten, die Einsetzung von Gewerbegerichten anzuordnen. Jedoch soll, wie es in den Worten heißt, ihre Interventio immer nur in zweiter Reihe stehen und nur dann eintreten, wenn sie einerseits von beteiligten Arbeitgebern oder Arbeitern beantragt wird und wenn andererseits festgestellt ist, daß die Gemeindebehörden und Communalverbände nicht geneigt oder außer Stande sind, die von der Landescentralbehörde für notwendig erachteten Institutionen ins Leben zu rufen.

(Bezüglich der Beratungen des Staatsraths) bekämpfen die offiziösen „Berl. Volksachr.“, daß die Frage eines Normal oder Maximalarbeitstages erwachsen männlicher Arbeiter nicht Gegenstand der Beratung gewesen sei. Der „Nat. Ztg.“ zufolge hat sich der Staatsrath gegen die obligatorische Einführung von Arbeiter-Ausschüssen ausgesprochen, aber für Beförderung der freiwilligen Bildung von solchen hauptächlich durch deren Einführung in den staatlichen Industriebetrieben. In den fiscalischen Eruben des Saargebietes sind bekanntlich bereits Arbeiterausschüsse eingeführt worden. Nach einer Berliner Meldung der „Hamb. Nachr.“ ist bei dem Schluß des Staatsraths noch einmal auf die Nothwendigkeit der vorläufigen Geheimhaltung der Beschlüsse hingewiesen worden. — Wie mehrere Blätter melden, hat die Schlußsprache des Kaisers in der letzten Sitzung des Staatsraths einen Endpassus enthalten, der etwa dahin lautet: Was die Sozialdemokratie anbetrifft, so ist das meine Sache. Mit dieser werde ich schon allein fertig werden. Nach der „Nat. Ztg.“ unterliegt sich der Kaiser in den Reden zumal mit den Vertretern der Arbeiterkreise. Einer derselben hätte dem Kaiser kein Hehl daraus gemacht, daß er der sozialdemokratischen Richtung angehört: es hätte darüber zwischen dem Kaiser und dem Arbeiter eine Unterredung stattgefunden, bei welcher der Kaiser mit großer Offenheit sich ausgesprochen haben soll. — Unter dem Sozialdemokraten scheint der Buzer Buchholz in Berlin gemeint zu sein, Arbeitervertreter der nordöstl. Bauwerks-Vereinsvereinschaft und Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Die Wahlergebnisse.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen sind jetzt bis auf eine kleine Zahl von Stichwahlen bekannt. Nach einer vorläufigen Zählung haben die Freireinigen (einige Liberalen, wie Wölffler, Thomsen, Vangerfeld eingeschlossen), 66 Mandate, die Volkspartei 10, die Sozialdemokraten 35, von der Kartellpartei haben die Deutschkonservativen 63, die Reichspartei 18, die Nationalliberalen 39, im Ganzen 120. Das Centrum bisher 103. Witten 7. Polen 15. Antisemiten 4. Eisässer 3. Wölfe 3. Däne 1. Doppelmandate haben die Freireinigen 6 erhalten: Träger, Berlin 1 und Barel Jever. Rikert, Danzig und Brandenburg. Baumbach, Berlin V und Meiningen. Gutfleisch, Wiesbaden und Friedberg in Hessen. Fordanbeck, Sagan, Spriatun und Arnswalde. Friedberg. Goldschmidt, Vignig und Blau Rimpfisch. Von dem Centrum ist Herr v. Schortemeier als in zwei bisher nationalliberalen Wahlkreisen Bodum und Hamm gewählt. Bei den Stichwahlen haben die Freireinigen folgende, früher nationalliberale Wahlkreise erobert: Karlsruhe (Kieser), Pflüger, Friedberg in Hessen und Gießen Gutfleisch, Jena Wölffler, Waidenburg Gieritz, Oldenburg Hinz, Roskop v. Bar, Weimar Sambammer, Gotha Jangemeyer, Löwenberg Friedländer, Wolfenbüttel Schrader (mit 10 729 gegen Kulemann 10 539 St.). Ferner vom Centrum Wiesbaden Funf, von den Konservativen: Potsdam Arkhaveland Ruge, Sorau Jeske, Schmalfalden Wölffler, Mühlhausen Horwig (gegen den Hausminister v. Wedell-Viehdorf), Lippe-Schaumburg Vangerfeld, Bitterfeld, Delitzsch Dr. Hirsch, Schweidnitz, Striegau Director Siebhan, Arnswalde, Friedberg Fordanbeck, Zerichow Wölffler, Guhrau Leber. Von der Reichspartei: Blau Rimpfisch Goldschmidt. Von den Sozialdemokraten Breslau W. Vollrath. Von den früheren Mitgliedern der freireinigen Partei sind nicht wiedergewählt: Dr. Meyer-Halle, Ridel, Dr. Vulle, Dr. Kofski. Die Uebernahme eines neuen Mandats haben abgelehnt Hoffmann-Ruhlschadt jetzt Knörke, Klog Berlin 1 jetzt Leäger. Letzte Nordhausen jetzt Schneider. Ueber die Wiederwahl von Dr. Witte in Meiningen 11 steht die definitive Nachricht noch aus. Anzeichen geht das Mandat an die Sozialdemokraten über (Preisand).

(Zur Vergleichung mit den Wahlergebnissen erinnern wir an die bisherige Stärke der Reichstagsfraktionen. Im Jahre 1887 wurden gewählt (unter Zurechnung der mit den betreffenden Fraktionen gewöhnlich stimmenden „Witlen“): 101 Nationalliberale, 79 Konservative, 41 Freikonservative, so daß drei Kartellparteiern zusammen 221 Stimmen von 397 hatten, d. h. 22 über die absolute Mehrheit. Außerdem waren gewählt: 101 Centrum, 32 Deutschfreireinige, 11 Sozialdemokraten, 13 Polen, 15 antideutsche Eisässer, 4 partikularistische „Witlen“. Durch Nachwahlen hatte sich diese Zusammensetzung des Reichstags von 1887 bis zum Schluß der Legislaturperiode so gestaltet, daß nunmehr unter Zurechnung der gänzlich überwandten „Witlen“ vorhanden waren: 96 Nationalliberale, 74 Konservative, 39 Freikonservative, also Kartellparteiern zusammen 213 oder 14 Stimmen über die absolute Mehrheit; außerdem 104 Centrum, 36 Deutschfreireinige, 11 Sozialdemokraten; 14 antideutsche Eisässer, 13 Polen, 1 Demokrat, 4 Witlen. Zur weiteren Vergleichung fügen wir die Zahlen über die Zusammensetzung des Reichstags von 1884, welcher wegen seines Beschlusses in der Septennatsfrage aufgelöst wurde, bei: Nationalliberale 51, Konservative 77, Freikonservative 28; hier hatten somit die Parteien des späteren Kartells nur 156 Stimmen, 33 unter der absoluten Mehrheit, die anderen Fraktionen hatten folgende Stärke: Centrum 108, Deutschfreireinige 67, Volkspartei 7, Sozialdemokraten 24 (bei einer Nachwahl erhielten sie noch ein 25 Mandat), Polen 16, antideutsche Eisässer, Witlen 4.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 3. März 1890.) Eingegangen ist eine Vorlage über die neue Bestimmung der Ressortverhältnisse im Reichs- und Handelsministerium. — Die Beratung des Etats wird mit dem Etat des Justizministeriums fortgesetzt. — Abg. Biesenbach (Str.) weist auf die bedenkliche Zunahme der Zahl der außerordentlichen Professoren hin, die gegenwärtig auf 1800 angewachsen ist. Diese Verhältnisse sind ungesund und fördern das Strebertum. — Geh. Justizrath Eichhorn: Die Regierung welche vorhandene Uebelstände nicht beseitigt, ist bemüht, möglichst Abhilfe zu schaffen. Die jetzigen Verhältnisse liegen oft so, daß schwer zu erkennen ist, ob eine Stelle dauernd besetzt werden kann oder ob vorübergehende Stellen gemeint u. s. w. Bedenken erheben und ich werde dafür sorgen, daß namentlich praktische Juristen gebildet werden. Jedenfalls soll nichts unterlassen werden, um das Werk zu einem guten Abschluß zu bringen, was es freilich noch jahrelanger Arbeit bedürfen wird. — Abg. Heger-Arnswalde (so-sevotus) erwidert die Gehaltsverhältnisse der Juristen. Die höheren Beamten sind den Subalternbeamten gegenüber zu gering besoldet. — Geheim Justizrath Eichhorn: Zur Zeit steht es an etatsmäßigen Mitteln, um die Gehälter der Oberbeamten anzubessern. — Abg. Böttcher (Str.): Die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen entspricht nicht der Vermehrung der Geschäfte. Außerdem werde zu viel regimantirt und vertribut, es muß da eine gewisse Ordnung geschaffen werden. — Abg. Biele (Str.) bittet eine Vorlesung des Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau anzuführen, wonach Juden von dem Geschworenen-Dienst ausgeschlossen sein sollen. — Minister v. Schelling glaubt nicht, daß solche Verfügung erlassen ist; er würde sie mißbilligen. — Abg. Dr. Krause (nl) wünscht verschiedene Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts, namentlich Entschärfung ungeschickter Verurtheilungen, Strafvollzugs-Ordnung, Berufung gegen Entscheidungen der Strafakten u. s. w. — Abg. Böttcher (Str.): In den Bureaus der Gerichte ist ein Lohnkampf zwischen den Civil- und Militärbeamten ausgebrochen. Aus Petitionen, die hierüber an das Haus gelangt sind, geht hervor, daß unter diesen Beamten eine Unzufriedenheit herrscht, welche die öffentlichen Verhältnisse bedroht. — Geh. Justizrath Eichhorn bittet, den Namen des Petenten ihm mitzutheilen, um das Weitere veranlassen zu können. Von der Commission wird beantragt, die für das Oberlandesgericht zu Breslau geforderte neue Stelle eines Senatspräsidenten abzulehnen. — Geh. Justizrath Eichhorn bittet, die Position zu bewilligen. — Abg. Windhorst (Str.) ist gegen die Position; man müge die Präsidenten von den vielen Verwaltungsgeschäften befreien, damit sie die Rechtspflege übernehmen können; heute sind sie häufig auf Inspektionsreisen. — Die Position wird abgelehnt. — Es wurde dann noch das Wahl-„Oberlandesgericht“ erledigt, worauf sich das Haus vertheilte. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung. — Schluß 4 Uhr.

Neumarkt 71. **H. Taitza's Waarenhaus** Neumarkt 71.

Herren- und Knaben-Garderobe-Specialität
größtes Lager am hiesigen Plage
empfecht



Confirmanden-Anzüge

in bekannt guter Qualität, Arbeit u. Façon,
von **Kammgarn** und **Stoff** gefertigt, von den Billigsten
bis zu den Feinsten.
Elegante Anfertigung nach Maass zu billigsten Preisen
in kurzer Zeit.

Neumarkt 71.

H. Taitza's Waarenhaus.

Neumarkt 71.

en gros. **Otto Dobkowitz** en detail.

Merseburg, Neumarkt 11.

Engl. Tüllgardinen mit Bandedfassung, das Meter 33, 38, 40, 45, 50, 60, 75, 90, 105 bis 180 Pf.

Doppelseitige Manila- u. Persia-Gardinen, das Mtr. 23, 25, 27, 30 Pf.

Gelegenheitskauf: 1 Partie 100 Manilla-Tischdecken mit Schnur und Quasten, buntfarbig, 1,75 Mtr.

Ausgang aus un. General-Catalog.
In vorhelegten Sitzenden

Corsets,

- Geradehalter,
- Braut-Corsets,
- Confirmanden-Corsets
- Kinder-Corsets,
- Umstands-Corsets,
- Nähr-Corsets,
- Normal-Corsets,

haben die grösste Auswahl zu anerkannt allerbilligsten Preisen am Plage.

Bei dringlichen Bestellungen ist nur Annahme der Last ameste erforderlich

Emil Plönn & Co.
Merseburg.

Unsere Verkaufspreise für alle Artikel sind unbestreitbar vortheilhaft und als einzige bestehend zu bekennt, um noch besterbedeutend vorzuziehen zu sein den Es ist nach wie vor unser Grundsatz, auf diesem Gebiete stets die ersten Mode-Größenungen — die grössten Exotisme — die billigsten Preise zu bringen. Für die in un. Schausentfern anliegenden naheliegenden Preise wird jedes Quantum geliefert.

Sieber's Restaurant.
Heute Abend Kalbfleisch.

Reinknecht's Restauration.
Gute Abend von 6 Uhr an Kalbfleisch.

Sinen Lehrling über **Albert Wäcker**,
Böttchergesell., Schmiedestraße 24.

Zur Confirmation

empfehle ich:

Oberhemden mit dreifach leinemem Einsatz von Ia Hemden-
tuch, gewaschen Stück 2 Mk. 85 Pf., ungewaschen pro
1/2 Dyd. 15 Mk. 25 Pf., Vorhemden, Kragen, Man-
schetten, Cravatten, Hosenträger, Mädchenhemden
von 1 Mtr. 60 Pf. an, Beinkleider von 1 Mtr. 25 Pf.
an, Flanell-Piqué-Röcke — weisse Röcke mit Stieferei-
Boulaunt — von 2 Mtr. 10 Pf. an, Taschentücher mit
Monogramm-Buchstaben von 40 Pf., mit gestickten
Ecken von 60 Pf. pro Stück an

H. C. Weddy-Poenicke,

Merseburg, Burasstraße 13.



Gemälde des Verstorbenen lobet erhaben ein

Kaiser Wilhelm's-Halle
Merseburg.

Mittwoch d. 5. und Donnerstag d. 6. März
2 grosse phantastische Soiréen

von berühmten Mägler u. P. ystler Rich. Luedke
vom Krystal-Palast zu Leipzig.

„Moderne Wunder“
Anfang 8 Uhr. 1. Platz (re.) 75 Pf., 2. Platz 50
Pf., 3. Platz 30 Pf. Kinder zahlen die Hälfte

W. Wisemann.

Ehemalige Garde.
Mittwoch den 5. März, abends 8 1/2 Uhr,
Monatsversammlung.
Der Vorstand

Gewerbeverein.
Donnerstag den 6. März, abends 8 Uhr,
in Herzog Christian.
Tagesordnung: Bericht des Herrn Director
Blas.
Rechnungslegung für 1889.
Vorstandswahl.
Der Vorstand.

Hoffschärer.
Donnerstag früh Schlachtefest.

Nüchtige Holzarbeiter f. Mühlenbau
finden lohnende dauernde Arbeit. Verheiratheten
gibt billige gute Wohnung mit Garten;
freie Schule.

H. Conrad, Werkmeister für Mühlenbau,
Mühlenterrass 1 Garz

En oder über Frauen, welche das dieselbe
Gymnasium besuchen, werden in Pension zu
einem zwölfjährigen genommen.
En fragen in der Exped. d. Bl.

Wäcker's-Häfen

für sofort gesucht
Fr. Dietrich, gr. Ritterstr. 17.

Diesmütliches egyptisches Waaren wird gesucht
für 1 April

grosse Ritterstrasse 17.
En nach des nach zu lang e werden für
Küche und Haus in rd zum 1 April geacht.

Zu mieten Kasenthor 6

Lehrer an der verbauten
gebühte Metalldreher

gegen hohen Lohn gesucht (Kl. 1844).

Dicker & Wernebu g.
Gute a/S. Tourneur. 16.

1 Hofausseher, unverheiratet, 30-33
Jahr alt, mit der Feder behandelt, kann sich
melden **Fr. Summert.**

En von dem Mädchen, 16-17 Jahre
alt, wird zum 15 März od. 1. April zu mieten
gesucht am liebsten vom Lande. Näheres in
der Exped. d. Bl.

Sch. A. Lehrling.
Offern einen

Alfred Garbe, Sattler u. Tapezieren,
Spargau b. Gerbtha

Schrittungs-Gesuch.
En Suche, der die Schied. Profession
gründlich erlernen will, findet auf dem Lande
ein gutes Unterkommen. Zu erfragen
Heine Exterrohe Nr. 7.

Einen Lehrling nach zu Dienem
zu bitten beehrt,
Handels ä. mer.

Wenat wird zum 1. vent 16. April ein
ordentliches Mädchen als Stubenmädchen, selb-
st in Nähen und Wästen nicht unerfahren
sein und gute Zeugnisse besitzen.

Kitterant Sr. Anna b. Frankleben.
Sonabend den 1. März ist auf dem Plage
von Merseburg bis Köthen ein Saal mit
mehreren leeren Säden gefunden worden. Zu
erfragen gegen Erstattung der Zwischen-
gebühren bei

Karl Schlegel, Meinstadt.

Ein Trauring, gravirt J. H.
25 12. 82. hier verloren ge-
gangen. Gegen angemessene Be-
lohnung abzugeben in der Exped.
d. Blattes.

Siezu eine Beilage.

Stichwahl-Ergebnisse.

Zerichow. Wöllmer (freis.) gewählt. Hof. Raetzel (freis.) gewählt. Zondern-Sufum. Dr. Seelig (freis.) gewählt mit 6901 gegen Franke (natl.) mit 6159 St. Gubrau-Steinau-Weblau. Leder (freis.) gewählt gegen Graf Carner (kons.). Weissenfels. Raumburg-Zeiß. Günther (natl.) gewählt mit 400 St. Wehrlich gegen Hoffmann (soz.). Weßhavelland=Brandenburg. Klärrt (freis.) gewählt mit 7500 gegen Gwahl (soz.) mit 7000 St. Städte-Premerwörde. v. Bennigsen (natl.) gewählt. Geestemünde-Lahn. Obhard (natl.) gegen Bruns (soz.) gewählt. Siegen. Stöders (kons.) Wahl gegen Träger (freis.) gestrichelt. Die Nationalliberalen haben sämtlich für Stöder gestimmt. Rinteln-Hofgeismar. Werner (Antisemit) gegen Kerling (kons.) gewählt. Wehlar. Krämer (natl.) gewählt gegen Alberti (freis.). Lauterbach. Zimmermann (Antisemit) gewählt gegen v. Kalkstein (freis.). Erbach. Scipio (natl.) gewählt. Mecklenburg-Strelitz. Alers (freis.) Wahl gegen v. Derken (kons.) scheint gestrichelt. Schwarzburg=Sondershausen. Bieschel (natl.) gewählt mit 7689 gegen Bock (soz.) mit 4671 St. Ravensburg. Berling (freis.) gewählt. Mainz. Joest (soz.) gewählt gegen Kaack (ultr.). Eine der S.-Ztg. beigefügten der Redaktion zugehende Fernpost-Werbung bezieht die Ergebnisse der Stichwahlen folgendermaßen: Es wurden bisher gewählt: 15 Konservative, 8 Reichsparteiler, 23 Nationalliberale, 14 Centrum, 48 Freisinnige, 15 Sozialdemokraten, 2 Polen, 8 Volksparteiler, 8 Welfen, 2 Antisemiten. Insgesamt sind bisher gewählt worden: 71 Konservative, 24 Reichsparteiler, 40 Nationalliberale, 104 Centrum, 69 Freisinnige, 35 Sozialdemokraten, 16 Polen, 10 Welfen, 10 Volksparteiler, 10 Welfen, 3 Antisemiten, 1 Däne. Aus 4 Wahlkreisen fehlt noch das Endergebnis.

Deutschland.

(Betreffs des Sozialengesetzes), so schreibt man der „Nat.-Ztg.“, sind verschiedene Gerüchte verbreitet. Es kann verbürgt werden, daß eine Entscheidung noch nicht getroffen ist. Einflußreiche Stimmen sprechen dafür, das Sozialengesetz einfach ablaufen zu lassen und etwaigen Ausweitungen mit den Mitteln der ordentlichen Gesetzgebung entgegenzutreten. Beim Mißlingen dieses Versuches soll dann zu schärferen Maßnahmen, zu einem neuen Ausnahmengesetz oder zur Verschärfung des Strafgesetzbuches geschritten werden. Eine andere Ansicht ist für das baldige Vorgehen in dieser Richtung. Welche von den beiden Ansichten durchbringen wird, läßt sich noch nicht übersehen. (Nach Rarokoff) soll Mitte dieses Monats von Berlin eine Gesandtschaft gehen, um dem dortigen Sultan die Gegengeschenke des Kaisers, worunter eine große Anzahl alter und neuer Waffen, Sättel, Reitzeuge, Gemälder für die Frauen des Sultans, Tafelaufsätze, einen kostbaren Springbrunnen u. s. w. zu überbringen. (Zur Colonialpolitik.) Aus dem Wittegebiet kommen fortgesetzt Nachrichten, welche von dem ununterbrochenen Rückgang des deutschen Einflusses daselbst berichten. Der „Wolff. Ztg.“ wird in dieser Hinsicht geschrieben: „Die Maria hier in Kamul, zwei der reichsten Leute der Stadt, die lange Jahre unter deutschem Schutze standen und trotz aller Plackereien von englischer Seite treu zu Deutschland hielten, werden dieser Tage ihren Schutzschein nach Sansibar zurückziehen. Sie sind der Annehmlichkeit des deutschen Schutzes endlich überdrüssig geworden. Ihnen werden sämtliche Andere folgen. Trotz mehrfacher Verschwörungen haben sie von deutscher Seite ihr Recht nicht erhalten können...“ Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß dieser Thell Darsitas für Deutschland jetzt jeden Werth verloren hat. Die größten Klüfte, wie Lana, Di und Juba sind in den Händen der Engländer, die Wänderung des Juba ist dem Sultan von Sansibar zugesprochen, die Wasserstraße nach dem Innern gehört den Deutschen nicht, deshalb hat die Erwerbung der nördlichen Klüfte keinen praktischen Sinn. Auf diese Weise von allen Verkehrswegen abgeschnitten, wird das Witte-Land nach der unter den dortigen Deutschen herrschenden Ansicht früher oder später den Engländern mühelos zufallen.

Provinz und Umgegend.

Die Unteroffizierschule zu Weissenfels ist gestern nach dem Baradenlager bei Zütersdorf abgefahren; ihr Aufenthalt daselbst ist zunächst auf vier Wochen in Aussicht genommen. Die hier zurückbleibenden Kranken sind in vier Filzbaracken untergebracht. Zur Pflege der Kranken sind außer den vorhandenen Verletzen mehrere Lazarethgehilfen und Krankenwärter hierher abkommandirt. Außerdem ist der als Balnearologe bekannte Stabsarzt Dr. Pfuhl vom medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelm-Institut hierher kommandirt, um die Ursache der Krankheit zu ergründen. Von Dhern d. J. ab wird für sämtliche Vorschulen der höheren Lehranstalten Inhalts das Schulgeld von 80 auf 60 Mk. herabgesetzt. In Zerbst hat sich am Sonntag Nachmittag der Stadtrath Gampert, erster Stadtrath daselbst, erschossen. Nach der S.-Ztg. sind zerrüttete Vermögensverhältnisse anlässlich der Anlauf zu dem Selbstmorde des sehr beliebten aber aus verschiedenen Gründen wenig verwendeten Beamten. G. stammt aus Regnitz und war seit 4 Jahren hier Stadtrath. In Jena erzählt man sich einen Wj, der als solcher gelten mag: Ein dortiger Barbier hat in seinem Laden einen Anschlag folgenden Inhalts angebracht: „Kassiren für Freisinnige 5 Pf., für Kartellbrüder 10 Pf.“ Betragt, weshalb die Anhänger des Kartells mehr bezahlen sollen, erwiderte der vollstehende Figaro: „Die Kartellonfeln haben nach dem Ausfall der Wahlen so lange Gesichter bekommen, daß ich es für 5 Pf. bei ihnen nicht mehr machen kann.“ Am 1. d. M. ist, wie der Hall. Ztg. gemeldet wird, Herr Commerzienrath Rabethge in Klein-Wanzleben gestorben. Director der Actiengesellschaft Zuckerfabrik Klein-Wanzleben, vorm. Rabethge & Giesecke, hat er als Züchter des „Klein-Wanzlebener Zuckerrübensamen“ sich in landwirthschaftlichen Kreisen einen Namen gemacht. Auf dem Frohmühlenschachte bei Geisleben ist dem Fördermann Prusauf aus Wenddorf nach einer Mittelbildung der Hall. Ztg. ein schwerer Unfall zugefallen. Derselbe war bei der Strebschafarbeit mit dem Wegschlagen eines Stempels, welcher unter einem zum Anheften fertigen Stusse stand, beschäftigt, als plötzlich eine Bergwage hereinbrach und auf ihn herabstürzte. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberschenfels, eine Wunde in der Kniekehle, sowie starken Blutverlust und mußte ins Krankenhaus zu Geisleben übergeführt werden. Die Tischler-Innung zu Magdeburg giebt bekannt, daß ihre Mitglieder in Anbetracht der gestiegenen Löhne, Preise für Rohmaterialien und sonstigen Geschäftsunkosten die Preise sämtlicher Tischlerarbeiten um 20 Prozent erhöht haben, bei Arbeitern außerhalb der Werkstatt, die sich oftmals nur nach Stundenlohn berechnen lassen, aber für einen Gesellen nebst Vorhalten des nöthigen Werkzeuges die Stunde 60 Pf. in Anrechnung bringen. Um zugleich den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und häufig vorkommenden Zerthümen vorzubeugen, sollen auf Grund weiteren Beschlusses die Rechnungen vierteljährlich zugestellt werden. Beim Ausschneiden eines Hühnerauges verletzte sich dieser Tage ein Herr in Gotha ganz unerheblich an einer Zehe. Er beachtete die kleine Wunde, die zwar tüchtig geblutet hatte, nicht weiter, bis er am zweiten Tage bedeutende Schmerzen an der Schnittstelle verspürte, sich auch eine Entzündung zeigte, die ihn veranlaßte, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Diese scheint aber schon zu spät gekommen zu sein, um operatives Eingreifen zu verhüten, denn der Verletzte ließ sich befehlsmäßig eine Amputation in die Privatklinik nach Jena schaffen. Offenbar hat die Verletzung der gefährlichen Wollse des Strumpfes die Blutvergiftung verursacht. Vom 1. April tritt der neue Vertrag des Thüringer Zoll- und Steuervereins in Kraft. Wie der Thür. Ztg. von angeblich zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist es Beschluß, daß die Städte Erfurt, Altenburg und Gera Hauptämter erhalten. Bezirksverwaltungen mit erweiterten Befugnissen kommen nach: Weimar, Eisenach, Weida, Meiningen, Saalfeld, Rumburg, Gotha, Koburg, Arnstadt, Rudolstadt, Greiz. Bezirks-Steuerinspektoren nach: Erfurt, Weimar, Meiningen, Altenburg, Gotha, Rudolstadt und Gera; Bezirks-Decontrolen nach: Arnstadt, Suhl, Jena, Koburg, Altenburg, Eisenach, Saalfeld, Greiz und Schleiz; Obercontrol. Assistenten nach: Erfurt, Jiegenrück, Weimar, Meiningen, Hildburghausen, Altenburg, Roda, Königsee, Gera, Weida und Schleiz. Ein in der Strafanstalt zu Leipzig inhaftirter Unterjünglingsgefangener führte sich, als er zum Verhöre aus der Untersuchungszelle herausgeführt worden war, über das Geländer einer Gallerie auf

den Steinbodenfels des Paterreraumes und war sofort todt. Die Dachwohnung des Arbeiters Baumgarten in der Burgstraße zu Leipzig war am Montag Vormittag der Schaulap eines erschütternden Unglücks. Es war in der Wohnung ein Brand ausgekommen, bei welchem die allein in der Wohnung befindlichen drei Kinder der Familie, Mädchen im Alter von 2 bis 6 Jahren, erstickten. Bei Ankunft der Feuerwehr fanden sowohl in der Küche wie in der Wohnstube verschiedene Mobilien und Betten in Brand, die Räume mit furchbarem Rauche erfüllend. Die zuerst vordringenden beiden Feuerwehrleute mußten des starken Qualms und der Hitze wegen zurückweichen. Als man in die Wohnung gelangte, fand man in der Wohnstube auf den Dielen die Leichen der drei Kinder vor; die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Die Entstehungsurache des Brandes ließ sich mit Bestimmtheit nicht ermitteln, vermutlich ist der Brand aber auf eine Fahrlässigkeit der Kinder zurückzuführen. (S. 3a)

Localnachrichten.

Merseburg den 5. März, 1890

Das Endergebnis der Reichstags-Stichwahl im Wahlkreise Duerfur-Merseburg ist folgendes. Es erhielten: Herr Gutsdörffler Panje 14 559 Stimmen, Herr von Heldorff-Jungst 8975 Stimmen. Ungültig waren 101 Stimmen. Herr Panje ist somit mit einer Mehrheit von 5584 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Der vorige Montag brachte den vierten der auch in diesem Winter zum Besten einer Herberge zur Heimath veranstalteten Vortragabend. Herr Professor Dr. Witte sprach in seiner bekannten klaren und anschaulichen Weise über Erdbeben, deren Natur und Ursachen er auf Grund einer langen Reihe von Forschungen und Erfahrungen eingehend erörterte. Nachdem er die vorbereitenden Wirkungen derselben im Allgemeinen geschildert, ging er zu den verschiedenen Arten im Besonderen über, zu den mehr oder weniger heftigen, mehr oder weniger andauernden und mehr oder weniger ausgebreiteten Erschütterungen der Erde, wie sie sich theils in senkrechten, von unten nach oben gerichteten Stößen, theils in horizontalen Schwanfungen, theils auch in rotatorischen Schwingungen zeigen, in ihrer größten Stärke nur einige Sekunden oder höchstens Minuten, bei geringerer Kraft oder beinahe Monate lang anhalten, sich oft über länderweite Gebiete erstrecken und die grauigsten Verwüstungen und die schlimmsten Veränderungen des Bodens hervorrufen. Betreffs der Entstehungsurache der Erdbeben äußerte sich der Herr Vortragende dahin, daß letztere wohl vielfach mit vulkanischen Erscheinungen in Verbindung zu bringen seien, aber schließlich mit einem die äußere Rinde sprengenden feurig-flüssigen Erdinneren oder gar, wie Halb will, mit der veränderten Stellung des Mondes, sondern sehr wahrscheinlichweise mit der nach einem Uebergang in der Spannung ringenden Erde, welche unaufhörlich in der Fortbildung begriffen ist.

Der am Sonntag Abend stattgehabte Familienabend des Dom-Männervereins hatte auch diesmal eine große Zahl Gemeindeglieder im Saale der „Funkenburg“ zusammengeführt. Das Programm des Abends enthielt eine Reihe von Solo- und gemeinschaftlichen Gesängen, Musikvorträgen, Declamationen und Ansprachen, denen ein Vortrag des Herrn Diaconus Bithorn über den Lebenslauf des vor wenigen Wochen verstorbenen Sittigarter Oberhofpredigers und Dichters Karl Gerol einen ebenso interessanten als würdigen Abschluß gab. Mit einem gemeinschaftlich gesungenen Liede schloß gegen 1/2 11 Uhr die Versammlung.

In der Oberbreitenstraße führte gestern Mittag das Pferd eines hiesigen Lohnfuhrers infolge der herrschenden Glätte so unglücklich, daß es trotz aller Bemühungen nicht wieder auf die Beine gebracht werden konnte und schließlich auf einem Rollwagen nach dem Stalle gefahren werden mußte. Eine fleißigere Besreueung unserer Straßen mit Asche oder Sand würde Menschen und Thiere leicht vor unliebfamen Hin- und Unfällen bewahren. Leider bemerken wir auch bei dem jetzigen Frohketter, daß die nothwendige Sicherung des Straßenverkehrs nur von wenigen Hausbesitzern beobachtet wird.

Im Saale der Kaiserhalle tritt heute und morgen Abend der Magier und Physiker Herr Rich. Kuecke vom Knyalpalast zu Leipzig auf. Nach Vorlesungen verschiedener aewandterter Blätter sind die Vorstellungen dieses Künstlers überall mit großem Beifall aufgenommen und soll auch die großartige Ausstattung dem Ganzen einen anziehenden Nimbus verleihen.

* Im preussischen Staate haben im Laufe des Jahres 1888 1 133 998 Geburten, 233 421 Eheschließungen, 708 209 Sterbefälle stattgefunden. Die natürliche Vermehrung stellte sich mithin auf 425 789 Personen. Im Jahre 1887 hatte der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle 398 851 betragen. Mit Ausnahme des Jahres 1876, wo die natürliche Volksvermehrung sich auf 15,3 für das Tausend belief, hat dieselbe in den letzten 20 Jahren keine solche Höhe erreicht, wie im Jahre 1888, wo sie 14,8 für das Tausend betrug. Die Zunahme gegen das Vorjahr, wo sie sich auf 14,0 für das Tausend, nämlich 398 851 belief, ist weniger durch die größere Zahl der Geburten (ungefähr um 4000), als durch die geringere Zahl der Sterbefälle (ungefähr um 22 000) hervorgerufen worden. Die Zahl der Sterbefälle überhaupt wird von dem Auftreten epidemischer Krankheiten, dem Preise der wichtigsten Lebensmittel u. d. m. beeinflusst und unterliegt deshalb stärkeren Schwankungen als die Zahl der Geburten. Daher zeichnen sich die Jahre, in welchen die Cholera, Boten u. s. w. vorzugsweise herrschen, selbstverständlich durch eine höhere Sterbezahl aus. Dasselbe gilt von den durch hohe Getreidepreise gekennzeichneten Jahren wie 1867 und 1873. Wo solche Einflüsse nicht geltend gemacht haben, wie im Jahre 1888, fiel die Sterbezahl bedeutend, so daß dieses Jahr hinter allen anderen seit 1871, außer 1874 und 1876, zurückgeblieben ist.

Aus den Kreisen Merseburg u. Querfurt.

Der Spar- und Kreditverein zu Freyburg gewährt seinen Mitgliedern für das vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 7 Prozent.

-g. Das Haushuhn.

(Fortsetzung.)

2. Rentabilität der Hühnerzucht.

Der Schwerpunkt aller Geflügelzucht muß im Kleinbetriebe liegen, und es gehört die Hühnerzucht in erster Linie auf den Hof des Landmannes und Altbürgerers; denn hier sind erstens alle Bedingungen für das Gedeihen des Huhnes vorhanden, wie warme Ställe, Hof, Garten, also freier Auslauf, und die Hühner finden da alle zu ihrer Unterhaltung nöthigen Stoffe, als Körner, Grüns, Gewürz und Kalk in reichlicher Auswühl; zweitens erwachen dort dem Besizer am wenigsten Unkosten, die Zucht bleibt also dauernd rentabel; denn der Züchter hat billige Wohnräume für das Geflügel, braucht nur geringen Futterzuschuß, und die Arbeiten können nebenbei verrichtet werden, so daß die Geflügelzucht keine besonderen Arbeitslöhne erfordert.

Der Großbetrieb arbeitet zu theuer; er verlangt ein bedeutendes Anlagecapital für Terrain, Gebäude, Beschaffung der Thiere und Arbeitslöhne. Außerdem ist bei der Massenproduktion die Gefahr der ansteckenden Krankheiten außerordentlich groß. Selbst in Frankreich ist der Großbetrieb nur selten anzutreffen, und dann tritt dort eine Theilung der Arbeit ein: der Eine züchtet nur auf Eierproduction, der Andere läßt bloß brüten, der Dritte giebt sich allein mit der Aufzucht der Küden ab, der Vierte ausschließlich mit der Mästung der jungen Hühner.

Die Eierproduction guter Leghennen beträgt im Durchschnitt pro Huhn jährlich 120 bis 150 Stück. Diese Eier repräsentieren, 5 Pf. pro Stück als jährlichen Durchschnittspreis angenommen, einen Werth von 6,00 Mk. bis 7,50 Mk. Der jährliche Bedarf an Futter, das gefaukt werden muß, resp. verkauft werden könnte, ist pro Huhn mittlerer Größe bei Züchtern ohne andere Viehwirtschaft zu berechnen auf jährlich 5,00 Mk. bis 4,50 Mk. In Viehwirtschaften und da, wo die Hühner freien Auslauf haben, ist der jährliche Futterzuschuß pro Huhn anzunehmen mit höchstens 1,50 Mk. Daraus ergeben sich folgende Resultate:

Hühnerzucht ohne andere Viehwirtschaft:	
Eierproduction pro Huhn angenommen jährlich	6,00 Mk.
Futterkosten " " veranschlagt " auf	4,50 " "
	Reingewinn 1,50 Mk.
Eierproduction pro Huhn angenommen jährlich	6,00 Mk.
Futterkosten " " veranschlagt " auf	4,00 " "
	Reingewinn 2,00 Mk.
Eierproduction pro Huhn angenommen jährlich	7,50 Mk.
Futterkosten " " veranschlagt " auf	4,50 " "
	Reingewinn 3,00 Mk.
Eierproduction pro Huhn angenommen jährlich	7,50 Mk.
Futterkosten " " veranschlagt " auf	4,00 " "
	Reingewinn 3,50 Mk.

Hühnerzucht bei Landwirthen:
Eierproduction pro Huhn (mit Rücksicht auf die oben angeführten Ausschläge) angenommen zu 120 Stück jährlich, 6,00 Mk.
Futterzuschuß pro Huhn veranschlagt jährlich auf 1,50 " "
Reingewinn 4,50 Mk.

Wenn hier vom Reingewinn die Rede ist, so wird angenommen, daß die Einnahmen aus dem Dünger und der Gewinn aus der Aufzucht der Jungen und dem Verkauf der außerzogenen Hühner die Zinsen

für das Anlagecapital und die Verluste durch todtgebene Kügelchen bedecken.

Die Eierproduction bei rationaler Zucht nach Monaten verglichen, giebt folgendes Resultat: Vom Januar bis incl. September sind die Einnahmen aus dem Eierertrag größer als die Ausgaben für Futterkosten, am bedeutendsten in den Monaten März bis incl. Juli; October und November ergeben eine erhebliche Mindereinnahme; im December werden die Einnahmen aus der Eierernte die Futterkosten fast decken.

Die Landwirthschaft hat noch den Vortheil, daß dort die Jungen gut gedeihen und deren Aufzucht wenig kostet; im eingepferchten Hofe werden die Kügelchen trotz aller Pflege nicht so gut gedeihen, und ihre Aufzucht ist hier theurer.

Soll die Rentabilität in Bezug auf Eierproduction eine erwünschte sein, so ist 1) nöthig, die Küden zeitig zu legen, da die Frühbruten einmal die besten Thiere liefern, kann aber auch die Winterleger abgeben, während die Spätbruten nicht für die Weiterzucht, sondern nur in der Küche zu verwenden sind; 2) muß der Züchter solche Rassen halten, die bald legerig werden, z. B. Italiener, Spanier, Houdans, Creve-coeurs oder Kreuzungen zwischen ihnen und dem deutschen Landhuhn; 3) darf kein Hühnerhof nicht zu zahlreich sein, damit sich die Wirthschaftsverhältnisse nicht allzu sehr vertheilen.

Als Nöthiges mögen folgende Sätze stehen: Nationale Hühnerzucht ist wohl im Stande, den Wohlstand eines Volkes zu heben. Der Einzelne kann zwar durch diese Zucht keine Reichthümer erwerben, immerhin aber seine Einnahmen dauernd vermehren. Zeit und Arbeit darf und braucht nicht berechnet zu werden, weil die Hühnerzucht auch Vergnügen gewährt und jedes Vergnügen Zeit und Mühe kostet. Der Hühnerzüchter hat den nicht zu unterschätzenden Vortheil, während des ganzen Jahres frisches Eier zu haben. (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

* (Grubenbrand.) Man berichtet aus Wiesbaden: Die Blei- und Silbererzgrube „Friedrichslegen“ zwischen Ems und Oberlahnstein ist durch den in derselben ausgebrochenen Brand oder nach einer anderen Ansicht durch böse Wetter vollständig betriebsunfähig geworden. Ein Bergarbeiter fand bei der Katastrophe seinen Tod, vier andere Arbeiter wurden noch rechtzeitig gerettet. Sündere Kräfte und Bergleute sind dabei von der Wüste zurückgestellt, da vor Ablauf eines Vierteljahres an ein Befahren der Grube nicht zu denken ist. Die in der Grube verwendeten kleinen Pferde mußten ihrem Schicksale überlassen werden und haben jedenfalls durch die Gase einen raschen Tod gefunden.

* (Ein Woddbrenner.) In der Nacht vom Sonntag auf Montag versuchte ein noch nicht ermittelter Mann in Hamburg die Frau des Lederhändlers Knoll in der Niederstraße zu ermorden, indem er ihr zahlreiche Pfefferkörner beibrachte und dann die Wohnung anzündete. Als die Feuerwehre ankam, fand sie die Frau mit schweren Verwundungen vor; der Brand konnte gelöscht werden.

* (Ausführungen am Wahltag.) In Dortmund kam es am Abend des Wahltages zu einem Kampf zwischen Sozialisten und der Polizei. Die Polizei wurde durch Steinwürfe angegriffen. Gasafentern und Fenster-scheiben wurden beschädigt. Die Polizei griff nur blanken Baffe und verhaftete einige 30 Personen; auf beiden Seiten sind Verwundungen vorgekommen. In Duisburg veranfaßten die Anhänger Hammanes zu Ehren befehlen einen Fadelzug. Die gegnerischen Kundgebungen veranfaßten einen Straßenkampf, welcher die Polizei nöthigte, von der Waffe Gebrauch zu machen und mehrere Verhaftungen vorzunehmen. Die Verhaftung eines Fadelzuges auf der Straße am Abend des Wahltages muß aber auch geradezu als eine Herausforderung der Unterlegen angesehen werden.

* (Strafentwurf.) Bischoff, 3. März. Gestern Abend fand in Setnal anlässlich der Besetzung eines Ansehenswerten Amtes ein Militär mußte gegen die erstere Waise antreten, wobei einige Soldaten und ein Major vom ersten Jägerregiment durch Steinwürfe verletzt wurden. Auch mehrere der Zeugnissanten wurden verwundet. Von hier und von Europa sind Truppenverpflichtungen nach Setnal abgegangen.

* (Wahlhumor.) Der Berliner Humor hat auch bei der Stichwahl seine Kräfte getrieben. Ein Wähler erhob seine Stimme gegen die Wahl des Tapezierers Wübberger in folgendem Reimprud:

„Den Tapezierer wählst keinesfalls,
Weil Ihr sonst Eure Würde löst,
Sonn' ist dir 'ne Gardinenpredigt
Und anverlehen auf den Gassen.“

Ein Wähler des ersten Bezirkes sprach bei der Wahl dem Major vom ersten Jägerregiment durch Steinwürfe verletzt wurden. Auch mehrere der Zeugnissanten wurden verwundet. Von hier und von Europa sind Truppenverpflichtungen nach Setnal abgegangen.

„Der Stichwahl ist mir jech jenuch
Und wir drum Inade bei mich finden;
Er kriech manch sehr solches Bud,
Der Janigewiss kann's nur binden.“

In Landsberg a. W. entlief ein Besizer seinen Kuhfütterer, einen ziemlich beschränkten Menschen, nach dem Reichstags-Wahltag mit dem Besizer, den ihm eingehändigten Brief dort abzugeben. Vor dem Wahltag wurde ihm ein Wahlzettel mit dem Namen des Gegenkandidaten in die Hand gedrückt. Da er von der Bedeutung der Wahl keine Ahnung hatte, überreichte er dem Wahlvorsteher den ihm zuletzt zugestrichelten Zettel, griff dann in die Westentasche und sagte: „In ihr finde ich mein Herr oder einen Beddel.“ Als ihm bedeutet wurde, er dürfe nur einen Zettel abgeben, eilte er spornstreichend nach Hause zu seinem Herrn und gab den von ihm erhaltenen Zettel zurück mit den Worten: „Es will'n mi den nich annehmen.“

(Eine aufsehende Nachricht) kommt aus Ober-schlesien: Bei Revision der Stabsbesamts-Register im Bezirk Lublitz soll sich herausgestellt haben, daß Jahre hindurch ein Stabsbesamter die Funktionen wahrgenommen hat, welcher weder eine Notation aufweisen kann, noch verzeiht worden ist. Die Bemerkung wurde sein, daß alle von ihm vollzogenen Akte, Geburts-Unterlagen, Trauungen, Todes-erklärungen der Rechtsgiltigkeit entbehren. Die Familien-verhältnisse würden in solche Verwirrung gerathen, vermögensrechtliche Fragen von großer Bedeutung würden veranlaßt und ein Specialgericht hätte sofort eingetriben. Der Vorgang selbst war beispiellos; daß der Zustand jedoch jahrelang gedauert, erscheint unglücklich, und hoffentlich ist eine Demarcation der inderbaren Nachricht.

(Zur Auswanderungsfrage.) Es sind jetzt gerade 2 Jahre, daß von Oberbetschdorf die erste Abtheilung junger Leute nach Florida ausgewandert, und ein Jahr, das ihnen eine zweite Abtheilung, bestehend aus ganzen Familien von hier, dorthin gefolgt ist. Jetzt erst hört man, wie die Leute getaucht wurden. Es dürften ohne Controlle keine Briefe hierher schreiben. (Straßb. Post.)

Militärisches.

* Deutschland. Das 9. Armee-corps (Schleswig-Holstein) ist nach der Wiedereing. „Mg. Bz.“ deshalb als erste Corps, welches mit dem neuen Heilmitteln versehen bewaffnet wurde, was es das erste ist bei dem großen Frieden- und Landwehr-Regiment im kommenden Herbst. Für dieses Landwehr der Kaiser besteht zwei Bataillone ausgearbeitet, und zwar den einen für den Kampf und die Vertheidigung der festungsfähigsten Plätze, den anderen für die Einübung und die Vorposten-Kommandierung in der Erde bei Brückensystemen. Das aus acht Bataillonen, einer Kreuzer-Compagnie, drei Bataillonen, zwei Torpedoboots- und zwölf Torpedobooten zusammen-gesetzte Geschwader wird Vice-Admiral Deinhard befehligen. Bei dem Wandrauf die Einübung wird die Unter-schiffliche Eisenbahn, die bis dahin in den Besitz des preussischen Staates übergegangen sein wird, die Probe auf ihre strategische Bedeutung sowie auf ihre Betriebsfähigkeit zu bestehen haben, da zahlreiche Truppenmassen aller Waffengattungen auf dieser Bahn nach Rügen verladen werden. Zu diesem Behufe werden demnächst große Krampen u. d. m. bei den Hauptstationen dieser Bahn für die Aus- und Einschiffung der Truppen, Pferde und Kanonen hergerichtet werden.

* Russland. Der „Russische Sozialist“ veröffentlicht das vom Jaren am 31. Januar bestätigte Reglement für die Bildung von Cadres der Reichswehr (Landwehr). Danach werden die genannten Cadres durch zwei Unter-mitteln für die bereinigt zu formirende Compagnie, Batterie oder Stotnie gebildet, und reorganisieren zu den Kreis Militärischen. Die Cadres-Mannschaften beaufichtigen in Friedenszeiten das Eigentum der Reichswehr-Abtheilungen und über die zu Lehrveranlassungen anzuverwendenden Landwehrleute erster Kategorie ein. Im russischen Heere sollen nach einer Zusammenstellung des Reichswehr und Kadetten-Zustellen nicht weniger als 40 000 Stotnie und 50 000 Mann abgelehrt werden. Diefelben nehmen fast 70 pht. des russischen Soldatenheeres ein, unter welchem das klein-russische Element orthodoxen Glaubens immer mehr abnimmt. Schon unter den Don-Juden Koloden sind die Hälfte der Bevölkerung Tataren und Kalmden, von denen sich nur ein kleiner Theil angehängt zum Christenthum bekennt. Dagegen gewinnt der Muhammedanismus unter denselben immer mehr Anhänger. Das unaldische Heer zählt neben 10 000 Orthodoxen 20 000 Muhammedaner und 90 000 heidnische Wäskalten; das transbaikalische Heer dagegen zählt etwa 30 000 heidnische Familien, ferner taumende von Tungusen und Kirgisen, deren religiöse Anschauungen dem denkbare röhrenen Selbstthum angehören. — Die Vertheilung haben auf die Kreis- und Stotnie Russlands über einen tiefen Einwand gemacht, jedoch vielfach Stimmen laut werden, die russische Staatskirche möglich ernstlich an die Christenführung der säkularistischen Theile des Reiches herantritt.

* Türkei. 250 Kisten mit Munitionswaffen sind über Tripoli von Berlin aus nach der Türkei abgedacht worden. Die gesammte ottomanische Armee soll mit Munitionswaffen bewaffnet werden. Bis zum 1. Mai 1890 sollen diese Lieferungen zum Abschluss gelangt sein.

Börsen-Berichte.

Halle, 4. März 1890.

Preis mit Anschlag der Marktpreise für 1000 kg netto Weizen, ruhig, 180 bis 192 Mark. Roggen, fehr 177-181 Mark. Gerste, besser, Braun 193 bis 212 Mark. Futtergerste 138-166 Mark. Hafer, fehr 171 bis 176 Mark, neuer - bis Mark. Mais 136-147 Mark. Raps, ohne Angebot. Rüben, Sommer- ohne Angebot. Erbsen, Victoria 174-180 Mark. Kammeln, ausschließlich Cad für 100 Rthl netto 39-40 Mark. Stärke, eintheilhaftig Rogg von 100 Rthl Inhalt per 100 bis netto, halbes prima Weizen, ruhig, 39,50-40,50 Mark, abfallende Sorten billiger. Rogg per 100 bis netto. Weizen 20,00 bis 25,00 Mark. Bohnen 17-18 Mark. Kleebarten: 80-90 Mark. Auserne 120-160 Mark. Schwedischer Kle 90-120 Mark. Weizkle 60-80 Mark. Esparlette 25-27 Mark. Futterartikeln: Futter-mehl, fehr, 18-16 Mark. Roggenkle, fehr, bester Nachtrog, 10,50-11,00 Mark. Weizenkle 9,50-9,75 Mark. Weizkle griechische 9,50-9,75 Mark. Weizkle hell 11,00-12,00 Mark, bunnte 9,00-10,50 Mark. Del-fugen 14,50-15,50 Mark. Malz 35,50-35,50 Mark. Malz 70,00 Mark. Petroleum, 25,00 Mark. Solaröl, 0,82 bis 1,65, 16,50-17,00 Mark. Spiritus, 10,000 Liter per 100 bis, Kartoffel mit Weizenabgabe 42 bis 43 Mark.

Halle, 4. März. Bericht über den und Stroh-Sammliche Preise für 50 Rthl. Roggen-Langstroh (Gandbündel) 3,25-3,50 Mark. Malchenstroh (loft) 2,50 bis 3,00 Mark. Feiliges Stroh - bis - Mark. Weizen-wärriges Stroh 3,75-4,00 Mark. Kleeben 3,75-4,00 Mark. Gezebrtes Malchen-Stroh - - - - - Mark. Prima Torfpreu 1,55 Mark. Secunda Torfpreu 1,45 Mark.

Für Taube.

Eine Person, welche durch ein einfaches Mittel von 25-jähriger Taubheit und Ohrengeräuschen geheilt wurde, hat bereit, eine Beschreibung desselben in deutscher Sprache allen Ansuchen gratis zu abzugeben. Adr.: J. G. Richter, Wien IX., Kollingasse 4.

Correspondent.

Erscheint:
sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delagrab. Nr. 6

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
10 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 46.

Mittwoch den 5. März.

1890.

Für den Monat März werden Abonnements
auf des

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pfg. von allen Postan-
halten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen
genommen.

Die Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

Nach der Wahlverloren.

Auch die Stichwahlen sind nun vorüber. Die
Deutschfreisinnigen können mit deren Resultaten zu-
frieden sein. Die Kartellmehrheit, welche wie ein
Nap auf unserem Vaterlande lastete, ist beseitigt.
Das allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahl-
recht ist zunächst bis zu den nächsten Reichstags-
wahlen gerettet. Die Zahl der Freisinnigen im
Reichstage hat sich fast verdoppelt. Die Freisinnigen
sind fortan besser als bisher im Stande, einwigen
fernen reactionären Projecten entgegenzutreten
und zu leisten. Von einer kleinen numerisch
nicht sehr in Betracht kommenden Fraction sind sie
jetzt, wenn man die mit ihr im Wahlkampfe eng
verbundene süddeutsche Volkspartei einschließt, zur
zweitschwächsten Partei des Reichstags geworden. Noch
war am 20. Februar der Auffassung, daß jetzt allein
durch die deutschfreisinnige Partei repräsentirten
liberalen Gedankens nicht in den so düsteren Pro-
vinzen des preussischen Staates durchgedrungen. Bei
den nächsten Reichstagswahlen, die hoffentlich nicht
erst nach 5 Jahren, sondern recht bald statt
finden, wird der freisinnige Gedanke auch in Dä-
nemark u. s. w., wo die Konferenzen ihren Sitz
haben, zum Durchbruch gelangen. Die National-
liberalen und Freiserverwahrer, die Hauptvertreter
des Kartells sind zu nicht schwer ins Gewicht fallen
den Fractionen zusammengegrumpft. Sie tragen
bei ihrer Niederlage nicht viel Würde zur Schau.
Sie verlangen z. B., daß die Kartellparteien ihrem
Anmut über ihre Niederlage dadurch Ausdruck
geben, daß sie auf jede Vertretung im Präsidium
des Reichstags verzichten. Die Nationalliberalen
und Freiserverwahrer kümmern sich dabei um Sachen,
die sie eigentlich nur insoweit angehen, als sie ihre
Stimmen bei der Präsidentschaftswahl geben können, wenn sie
wollen, und sich auch mit den Parteien, welche sie dazu
auserlesen, zu einer ihnen genehmen Wahl oder Stichwahl
verbinden können. Wenn die Deutschkonservativen
auch auf eine Vertretung im Präsidium, die ihnen
zukommt, verzichten wollen, so steht ihnen das frei.
Das deutsche Volk kümmert sich nicht viel um die
Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums, wenn
die Geschäfte nur sachgemäß und unparteiisch geleitet
werden. Als vor 3 Jahren durch Viktoria und
Meinholden, durch Falken, Bräuer und Voßgen,
durch Turfso und Kosofen die deutschen Wähler so
gerührt wurden, daß sie eine aus den Kartellpar-
tien bestehende Majorität wählten, wurde der deutsche
Wähler als ein Ausbund von Weisheit dargestellt
und der „gute Sinn des Volkes“ gepriesen. Jetzt
fällt die „Königsglocke“, die ungebildete Mehr-
heit des deutschen Volkes. Sie prophezeit,
daß die neue Reichstagsmehrheit „aller Welt zum
Gruel und Abscheu werden wird“. Die deutsche
Nation werde in neuen Kämpfen versuchen, das harte
Joch abzuwickeln, welches ihr die „unwissenden
Schichten“ auferlegt hätten. In Deutschland ge-
biete der Kaiser und der Bundesrath, und das Kar-
tellblatt dankt „seinem Schöpfer“, daß es so ist; je
tiefer der Reichstag sinke, desto höher stiege Kaiser
und Bundesrath in der Wertschätzung der Nation.
Was ist denn das für eine „Nation“, welche einen
so tiefen Gegenjaß zu der deutschen Wähler-
schaft bildet? — Nun, wer einen Prozeß
verloren, hatte nach alter deutscher Sitte das Recht,
drei Tage lang über die Gegenpartei und auch die
Richter, welche hier die deutsche Wählerkraft ge-
bildet hat, zu schimpfen. Die Kartellparteien haben
z. B. ihrer Herrschaft großen Uebermuth zur Schau
getragen, und zeigen sich durch eben so große Würde-



als sie
würde-
los ist.
Sie
insich an
die ja
kommen
den Zeiten
in, wie es
und so
en. Die
vor sachlich
ng prüfen
ng Verbesserung
freisinnige
lassen, sie
folgt in
politischen

g wird be-
men auch
züglichen
eine Ver-
unter dem
durch den
die Ru-
staltbarer

sprach seine Befriedigung über das Zustandekommen
des gegenseitigen Einverständnisses aus.

Die französische Ministerkrise hat sich vor-
läufig ausständig schnell erledigt. Wie schon gestern
gemeldet, ist der Deputirte Bourgeois (Marnes),
an Stelle Constans zum Minister des Innern er-
nannt. Bourgeois gehört der radikalen Partei an.
Die über die Demission Constans bekannt gewordenen
Details lassen nach Wolffs Bureau dieselbe als den
Ausbruch einer längst bestehenden Verstimmung
zwischen Tirard und Constans erscheinen. Nach einer
geringen persönlichen Auseinandersetzung zwischen
den beiden Ministern in der Sitzung des Minis-
terraths am Sonnabend soll Constans dem der Sitzung
beimwohnenden Präsidenten Carnot erklärt haben, daß
er seine Entlassung einreiche. Unmittelbar nach dieser
Erklärung habe Constans den Ministerrath verlassen,
worauf die Sitzung sofort geschlossen wurde. Die
Minister vereinigen sich bald darauf in einem der
Bureaus der Kammer, um die Lage zu beraten.
Dem „Times“ zufolge soll die Meinungsverschieden-
heit zwischen Tirard und Constans gelegentlich der
Besetzung des Präsidentschafts des Kassationshofes
herbeigeführt worden sein. Die Meinungsverschieden-
heiten sind jedoch älteren Datums. Tirard war
allgemein mit der „lässigen Amtsführung“ seines
Collegen unzufrieden wie er schon anfangs dieses
Monats durch die von der französischen Presse ver-
breitete Kritik derselben zu erkennen gab. Es besteht
vielfach die Ansicht, daß der Rücktritt Constans' den
Rücktritt des Kabinetts und auch wohl gar des
Präsidenten Carnot im Gefolge haben wird. In-
dessen seit Sonntag Abend keine Meldungen von einer
Verallgemeinerung der Krise eingelaufen. — Bei
der Stichwahl im Pariser Quartier Panttheon wurde
am Sonntag der Boulangist Rouquet mit 4496
Stimmen gegen den Opportunisten Bourneville,
welcher 3694 Stimmen erhielt, gewählt. Bekannt-
lich waren in den übrigen Pariser Bezirken sämtlich
Boulangisten gewählt worden.

Der spanische Ministerrath hat in Folge der
Genehmigung des Königs die Gewährung einer allge-
meinen Amnestie für politische und Pressevergehen
beschlossen. Dem Antrage des Ministers des Aus-
wärtigen, den Grafen Venomar in die Amnestie
einzubegreifen, wurde vom Ministerrathe zugestimmt.
Das Amnestiedict sollte Montag unterzeichnet werden.
— Am Sonnabend hatte der oberste Gerichtshof
in Madrid verurtheilt, die gerichtliche Verfolgung gegen
den früheren Vorkämpfer Grafen Venomar fortzu-
setzen und die Angelegenheit dem obersten Ge-

richtshof zu unterbreiten. Durch den Amnestieerlaß
findet der Beschluß des Gerichtshofs nunmehr seine
volle Geltung.

Im englischen Unterhause erklärte der Unterkaas-
secretär Ferguson, die portugiesische Regie-
rung sei bereit, mit den Vertretern der portugiesischen
Eisenbahngesellschaft in Betreff der Entschädigung
wegen Wegnahme der Delagoa-Eisenbahn zu ver-
handeln, eventuell diese Angelegenheit einem Schieds-
spruch zu unterwerfen. Gork erklärte, kleine Ab-
theilungen der Garnison von Aden hätten die Häfen
von Zeyla und Berbera an der Somalifüste besetzt.

Der schwedische Reichstag hat am Sonnabend
die Regierungsvorlage betreffend die Vermehrung der
Wahlmänner abgelehnt.

Die „Polit. Correspondenz“ erfährt von authentischer
Seite aus Sofia, die bulgarische Regierung habe
in Konstantinopel keine formelle Action
in der Anerkennungssache unternommen.
Der bereits gethane Schritt vertraulichen Charakters
habe in der Uebergabe eines nichtamtlichen Schreibens
Stambuloffs an den Großvezir bestanden, in welchem
die Frage gestellt wurde, ob die Pforte den Zeit-
punkt nicht für gekommen erachte, die bulgarische
Frage durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand
als Fürsten abzuschließen. Das Schreiben hebt her-
vor, daß die Pforte und Rußland die Gefügigkeit
des Reichstages anerkennen, so oft es sich um
die Entgegennahme der bulgarischen Zahlungen handle,
um sodann bis zur nächsten Zahlungsfrist die An-
erkennung wieder zu verweigern — ein Zustand, der
im allgemeinen Interesse beendet werden müßte.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Der Kaiser hörte gestern
Vormittag die regelmäßigen Vorträge und entsprach
am Nachmittag einer Einladung des Ministerpres-
sidenten v. Dewig vom Leib-Garde-Husaren-Regiment zur
Tafel nach Potsdam. Wie die „Kreuzzeitung“ ver-
nimmt, befragt sich die Nachricht, daß der Kaiser
sich im Laufe dieses oder des nächsten Monats nach
Saarbrücken begeben werde, um dort beim Herrn
v. Stumm sich über die Lage und Verhältnisse der
Bergarbeiter zu unterrichten, nicht. Von anderer
Seite wird gesagt, der Besuch werde im April er-
folgen. — Die Kaiserin Friedrich verweilte
gestern längere Zeit in der Kinder-Krankenanstalt in
der Reinkindensborststraße.

— (Kaiserlicher Erlass.) In pommerischen
Blättern wird nachstehender, bereits angeführter
Erlass des Kaisers an die Minister des Innern und
für Handel und Gewerbe veröffentlicht: „Aus Ihrem
Berichte vom 18. Febr. d. J. habe Ich mit Befriedigung
entnommen, daß in wiederholten Fällen, namentlich
in den Regierungsbezirken Stettin und Köslin, Land-
bewohner durch falsche Vorschriften zur Aus-
wanderung nach Brasilien verlockt worden sind und
heimlich nach Bremen sich begeben haben, in der
tätigsten Hoffnung, von dort aus nach Brasilien
weiterzufahren zu werden. Ich will, daß dem gemein-
gefährlichen Treiben der Auswanderungsagenten, durch
welche ein Theil Meiner Unterthanen verlockt wird,
unter Nichtachtung ihrer Pflichten gegen das Vater-
land, unter Schädigung ihrer Angehörigen und unter
Bruch ihrer Arbeitsverträge sich dem Gerede preis-
zugeben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ent-
gegenzutreten und insbesondere auch in geeigneter
Weise auf Belehrung der Betheiligten hingewirkt
wird. Ich beauftrage Sie, kementsprechend die
Regierungspräsidenten in Stettin und Köslin mit den
erforderlichen Weisungen zu versehen. Dieser Erlass
ist durch die Kreisblätter bekannt zu machen. Berlin,
den 19. Febr. 1890. Wilhelm R.“

— (Die Verfassung des neuen Reichstages)
wird, wie jetzt verlautet, erst nach Dornen erfolgen.

— (Von Sauten-Lerpustschen) bekannt
als bedeutender Parlamentarier und treuer Wächter
der Fortschritt und späteren freisinnigen Partei, ist
am Sonnabend Abend in Berlin im 65. Lebens-